

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Wer die Besetzung Wiens verlangte.

Nicht Renner - aber Czernin!

Wien, 6. Juni. (WZ.) Im Nationalrat teilte der Sozialdemokrat Dr. Bauer die ihm heute telefonisch zugegangene Antwort des tschechoslowakischen Botschafters Tuzar auf eine Reihe ihm vorgelegter Fragen betreffend die Affäre Renner-Czernin mit: Botschafter Tuzar, der im Jahre 1919 die tschechoslowakische Regierung in Wien vertrat, erklärte, daß Czernin zweimal auf der tschechoslowakischen Botschaft in Wien vortrat und ihn um die Ermöglichung seiner Ausreise ersuchte, da er in Wien Furcht um sein Leben habe. Czernin ersuchte darauf, ihn von der Notwendigkeit der Besetzung Wiens durch Entente-Truppen zu überzeugen, indem er sich darüber beklagte, daß die österreichische Regierung gegen die Kommunisten schwach sei, und daß Dr. Bauer in geheimer Verbindung mit den Bolschewisten stehe. (Hellerkeit bei den Sozialdemokraten.) Tuzar erklärte weiter, daß bei den Zusammenkünften der militärischen Vertreter der Ententemächte in Wien, wo über die Frage der Besetzung Wiens wegen angeblich von den roten Republiken Ungarn und Bayern drohenden Gefahren verhandelt wurde, auch darüber berichtet wurde, daß eine Reihe von Persönlichkeiten, besonders vom früheren Hochadel, bei den Ententevertretern vorgeschrieben und um die militärische Besetzung Wiens gebeten haben. Unter diesen Persönlichkeiten ist auch der frühere Minister Czernin genannt worden. Auf die Frage, ob ihm etwas davon bekannt sei, daß sich Czernin auch an den Präsidenten Masaryk gewandt habe, antwortete Tuzar: Ja, Czernin hat mir bei seinem Besuch einen eigenhändig geschriebenen Brief an den Präsidenten Masaryk übergeben. (Hört, hört! b. d. Soz.) Anknüpfend an die mündliche Verlesung der Antwort Tuzars stellte Dr. Bauer fest, daß Dr. Renner gestern im Hause dieselben Beschuldigungen vorgetragen habe, Czernin aber die Rühmlichkeit hatte, sie als Lüge und Verleumdung zu bezeichnen. Die Beschuldigungen seien jetzt durch die Aussage des Botschafters Tuzar vollkommen bekräftigt.

Erklärungen Tuzars.

Unserem Prager Berichterstatter hat bei seiner dortigen Anwesenheit in Beantwortung einiger Fragen Botschafter Tuzar erklärt:

Frage: Czernin war auf der tschechoslowakischen Botschaft in Wien zweimal. Ich kann mich besonders erinnern an das Gespräch, das ich mit ihm am Tage des blutigen Zusammenstoßes bei der Botenkirche geführt habe. Czernin hatte von mir die Ermöglichung der Ausreise verlangt, weil er um sein Leben in Wien gefährdet sei. Ich konnte seinem Ersuchen nicht entsprechen. Dabei hat er getrachtet, mir die Notwendigkeit der Okkupation Wiens durch die Entente-Truppen zu beweisen. Er hat sich beklagt, daß die österreichische Regierung gegenüber den Kommunisten schwach sei und Dr. Bauer ein geheimer Verbündeter der Bolschewisten sei.

Frage: Haben Sie den Eindruck gehabt, daß Czernin an eine Aktion im Einvernehmen mit der österreichischen Regierung gedacht hätte?

Antwort: Nein. Im Gegenteil. Ich habe die Empfindung gehabt, daß es sich bei der Okkupation um eine Aktion handeln sollte, die ohne die österreichische Regierung oder über ihre Köpfe hinweg gemacht werden sollte.

Frage: Was ist Ihnen über eine angebliche Verhandlung der militärischen Vertreter der Ententemächte in Wien wegen der militärischen Okkupation bekannt?

Antwort: Ich war bei zwei oder drei Zusammenkünften der militärischen Repräsentanten der Ententemächte in Wien anwesend, in denen über die Frage verhandelt wurde, ob man von der Pariser Konferenz die militärische Besetzung Wiens wegen angeblicher Gefahr von den Rotrepubliken in Ungarn und Bayern verlangen sollte. Ich habe jede Beteiligung der Tschechoslowakei an einer solchen Aktion abgelehnt.

Frage: Ist bei solchen Beratungen auch von Czernin die Rede gewesen?

Tuzar: Es ist referiert worden, daß eine ganze Reihe von Persönlichkeiten, besonders vom früheren Hochadel, bei den Ententevertretern vorgeschrieben und um die militärische Intervention gebeten haben. Unter diesen ist auch der frühere Minister Czernin genannt worden. (Auf eine weitere Frage): Czernin hat mir bei seinem Besuche einen eigenhändig geschriebenen Brief an den Präsidenten Masaryk übergeben.

Czernin windet sich.

Wien, 6. Juni. (WZ.) Meldung des Wiener Tel. Corr.-Bureaus. Abgeordneter Czernin veröffentlicht in verschiedenen Blättern gegenüber den seine Person betreffenden Ausführungen Dr. Bauers in der gestrigen Sitzung des Nationalrates eine Erklärung, wonach er den Botschafter Tuzar niemals um eine Entsendung von Entente-Truppen gebeten habe. Seine ganze politische Vergangenheit als Minister des Äußern und sein Verhalten zu der tschechoslowakischen Regierung könnten keinen Zweifel darüber lassen, daß er, wenn er etwas Berichtigendes hätte versuchen wollen, sich nicht an den Vertreter der Tschechoslowakei gewandt hätte. Er habe zwar niemals und niemandem gegenüber ein Hehl daraus gemacht, daß ihm eine Landbesetzung durch fremde Truppen als ein geringeres Übel (ah!) erscheine als eine bolschewistische Anarchie. Daß er dieses Thema mit Tuzar besprochen habe, könne er sich nicht erinnern (!), aber um eine Intervention habe er ihn bestimmt nicht ersucht. Wenn er bei einer ihm unbekanntem Generalkonferenz genannt worden sei, so konnte dies richtigerweise nur in dem Zusammenhang erfolgen, daß er selbst eine fremde Besetzung für ein geringeres Unglück halte als den Bolschewismus. Bei dem Präsidenten Masaryk habe er sich um nichts anderes bemüht, als um die Erlaubnis zu einer kurzen Reise in die Tschechoslowakei, und zwar nur zu dem Zwecke, um seine Mutter wieder zu sehen und seine Privatangelegenheiten zu ordnen. Er habe sich deshalb an Masaryk direkt gewandt, da angesichts des

Verhältnisses zur tschechoslowakischen Regierung selbst die Erlangung eines einfachen Visums auf die allergrößten Schwierigkeiten stieß. Von irgendeinem Versuch, unter tschechoslowakischem Schutz ins Ausland zu flüchten, könne also in diesem Falle nicht die Rede sein.

Frankreichs Standpunkt verändert?

London, 6. Juni. (WZ.) Der Pariser Berichterstatter der „Westminster Gazette“ teilt mit, Frankreich sei anscheinend bereit, den Charakter der Ruhrbesetzung einschneidend zu verändern, vorausgesetzt, daß Großbritannien und Italien ihren Platz an seiner Seite einnehmen und zusehen, daß die deutschen Anstrengungen, zu zahlen, ausreißig seien. Die Stimmung in Frankreich sei so stark wie je dafür, daß, wenn sich Großbritannien nur der Überwachung der deutschen Bemühungen anschleße, keine Notwendigkeit zu Anwendung von Gewalt bestehen würde.

Paris, 6. Juni. (WZ.) Ein Auslandsmitarbeiter des „Echo de Paris“, der sich in London aufhält, um sich über die englische Auffassung der Reparationsfrage zu unterrichten, erklärt, die von Baldwin angeordneten Sachverständigenberatungen über die Reparationsproblem seien beendet. Das Ergebnis sei gestern im Kabinettsrat festgestellt worden. Der Berichterstatter glaubt, daß Baldwin möglicherweise selbst eine

Allgemeine Kontroverse über die Reparationsfrage

eröffnen werde. Er warnt das französische Volk vor Illusionen und schreibt, zunächst müsse man sich völlig darüber klar sein, daß die Regierung Baldwin eine Regierung von Dauer sei und daß man mit ihr alle die Entente Cordiale berührenden Fragen zu regeln haben werde. Das französische Volk müsse sich vor der Annahme hüten, daß eine Veränderung der englischen Politik eintreten könne oder daß Baldwin den Franzosen Konzessionen machen werde. Das Schaham habe in den letzten Wochen die Aufgabe gehabt, den Plan Bonar Law in einigen Punkten abzuändern. Es scheint sicher zu sein, daß diese Änderungen sämtlich in der Richtung einer Abänderung der französischen Auffassung lägen. Man werde in dem englischen Plan Dispositionen bezüglich der Idee von der Notwendigkeit eines Moratoriums wiederfinden, die den Franzosen ganz und gar nicht sympathisch seien. Man hege Mißtrauen gegen die Pfänder und sei der Ansicht, daß es notwendig sei, die durch die Besetzung des Ruhrgebietes verringerte Leistungsfähigkeit der Deutschen von neuem abzuschätzen.

Was eine Annäherung Englands an Frankreich veranlassen könnte, wäre die Aussicht auf eine allgemeine endgültige Regelung der Reparationsfrage.

Die englische Regierung stünde auf dem Standpunkt, daß eine provisorische Regelung keine Regelung sei und den Kredit Deutschlands nicht wiederherstellen würde. Sie würde es Deutschland nicht ermöglichen, eine nennenswerte Anleihe aufzunehmen, und würde ihm wieder gestatten, so wenig wie möglich zu bezahlen. Eine endgültige Regelung würde unmittelbar bewirken, daß die gesamte Welt mit einer neuen Welle des Vertrauens und Optimismus erfüllt und die Wiederaufnahme der Geschäfte begünstigt würde.

Der oberschlesische Ausstand.

Breslau, 6. Juni. (WZ.) Die Ausstandsbewegung im oberschlesischen Industriebezirk hat sich weiter ausgedehnt. Die neue Fieberglückgrube ist in den Streik getreten. Auf allen im Streik befindlichen Werken werden die Rotstandsarbeiter verrichtet. Heute nachmittag findet eine Versammlung der Streikenden statt. Der Ausstand greift auch auf Hindenburg und Gleiwitz über. Dort finden ebenfalls heute nachmittag Belegschaftsoberammlungen statt, um zum Streik Stellung zu nehmen. Die Berufsorganisationen der Bergarbeiter, Metallarbeiter und Transportarbeiter bleiben weiterhin bemüht, eine Ausdehnung der Streikbewegung zu verhindern.

Der Dollar steigt wieder.

Die Hoffnungen, die man in Finanzkreisen auf eine günstige Ausnahme der neuen deutschen Note setzte, werden stark beeinträchtigt durch die Meldung von einer englisch-französisch-belgischen Verständigung über Besetzung der deutschen Reparations-schuld auf ungefähr 50 Milliarden Goldmark. Das verkaufte Garantieangebot der Landwirtschaft, die Erörterungen über eine angeblich zu erwartende scharfe Opposition der Sozialdemokratie und nicht zuletzt die aus den verschiedenen Teilen Deutschlands eingehenden Meldungen über neue Streikbewegungen und Teuerungsunruhen lassen die innerpolitische Lage in einem wenig günstigen Lichte erscheinen. Die Verhandlungen vor dem Untersuchungsausschuß des Reichstages haben überdies keinen ermutigenden Eindruck gemacht, da sie die finanzielle Lage Deutschlands in sehr ungünstigem Lichte erscheinen lassen. An der Börse wollte man heute außerdem noch wissen, daß gewisse Regierungsstellen durch Vermittlung privater Bankfirmen Devisenkäufe im freien Marktverkehr vornehmen lassen, um ihren Verpflichtungen aus Ankaufen ausländischer Rohstoffe und Getreide abzudecken. Dementsprechend zeigen die Devisenkurse wieder stark steigende Tendenz. Der Dollar wurde in der ersten Börsenstunde mit 73 000 bis 74 000 gehandelt. An der Effektenbörse nahm die Bruchspekulation Verläufe in größerem Umfange vor. Eine stürmische Hausse entwickelte sich in allen Petroleumaktien und in den meisten chemischen und Braunkohlenwerten. Der Kassamarkt lag aber schwächer, da aus der Provinz noch verhältnismäßig große Verkaufsores eingegangen waren.

Vorbeugen!

Niemand wagt es mehr im Ernste zu leugnen, daß die Vorgänge im Ruhrgebiet, die zahllosen Unruhen, wilden Streiks, tumultartigen Erregungen, über die fast täglich aus allen Städten des Reiches Meldungen einlaufen, Folgen bitterster Not und Verzweiflung sind. Die wahnsinnige Steigerung aller Lebensmittelpreise, hinter denen die Löhne so erschreckend zurückbleiben, hat auch denen den Mund verstopft, die bisher von morgens früh bis abends spät nach dem Polizeiknüppel riefen, die nicht müde werden konnten, die Schuld an diesen traurigen Vorgängen der angeblichen „Schwäche“ des sozialdemokratischen Innenministers Severing zuzuschreiben. Zu offenkundig sprechen die Tatsachen, zu unbestreitbar ist der Druck von Not und Elend, als daß reaktionäre Demagoguen mit ihren Redensarten noch Anhang finden könnten.

Wir haben vom ersten Tage an, als die Unrast der Massen immer mehr zutage trat, gefordert, daß das Uebel nicht mit polizeilichen Maßnahmen kuriert wird, sondern daß man ihm an die Wurzel geht. Erträgliches Löhne und Arbeit, das müssen die Massen fordern, wenn nicht eine in ihrem Ausmaß und ihren Wirkungen unabsehbare Katastrophe unser Wirtschaftsleben heimsuchen soll. Es scheint, als ob die Regierung langsam zu begreifen scheint, daß die Löhne schleunigst und in ganz anderem Tempo als bisher den Preisen folgen müssen, wengleich es eines stetigen und energischen Druckes der gesamten Arbeiterorganisationen auf die Regierung wie auf die Industriellen bedürfen wird, bis den Forderungen der Volksmassen Genüge geleistet wird.

Aber mit der Hinausschiebung der Löhne ist den Hunderttausenden nicht geholfen, die zunehmend von der Arbeitslosigkeit ausgeschlossen sind, die auf die kümmerlichen Unterstützungen der Erwerbslosenfürsorge angewiesen sind. Ueberall, in allen Orten, in denen es zu Unruhen gekommen ist, waren Arbeitslose an diesen Demonstrationen beteiligt, denn ihre Not ist eben unerträglich und die Unterstützungen des Staates und der Gemeinden können nicht ausreichen, um diesen bedauernswerten Massen zu helfen. Milliarden und aber Milliardenverluste sind die Folge. Allein die Tumultschäden in Gelsenkirchen gehen in viele Milliarden. Um so unverständlicher ist die Schwerefälligkeit, ja offenbare Abneigung, mit der die staatlichen und Reichsbehörden an die Bewilligung von Mitteln aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge herangehen. Die Art und Weise, wie z. B. die einzelnen Ministerien die Verhandlungen mit der Stadt Berlin über die Gewährung von größeren Summen für die Ausführung dringender Bauaufgaben, die seit Jahren nicht durchgeführt werden können, handhaben, hat in Berlin bereits den Protest aller Parteien herausgefordert. Es scheint immer noch Regierungsstellen zu geben, die nicht begreifen, daß Vorbeugen, Arbeitsbeschaffen wichtiger ist als hinterher die Schäden zu bezahlen, die durch bürokratische Schwerefälligkeit, durch mangelndes soziales und wirtschaftliches Verständnis unvermeidlich geworden sind. Die Regierung hat immer wieder zu wichtige Maßnahmen wie z. B. ihre Stützungsaktion als Kriegsmassnahme während der Ruhrbesetzung bezeichnet. Nun wohl, warum ergreift man dann nicht auch die anderen Kriegsmassnahmen, ohne die es unmöglich sein wird, die „Ruhe und Ordnung“ aufrechtzuerhalten. Es gibt in Deutschland keine größere Stadt, die nicht sofort in der Lage ist, der Regierung in Staat und Reich wertvolle Projekte namhaft zu machen, deren Ausbau nicht nur im Interesse der beteiligten Arbeiter, der betreffenden Kommune, sondern unserer gesamten industriellen Entwicklung überhaupt liegt. Seit Monaten verhandelt Berlin mit den Reichs- und Staatsregierungen über den Ausbau ihres Untergrundbahnsystems. Nur äußerste Kurzsichtigkeit kann verkennen, daß es sich bei diesen Projekten, für die die Gemeinde bereits seit Jahren im Verhältnis zu ihrer vom Reich beschränkten Leistungsfähigkeit die äußersten Opfer gebracht hat, um Unternehmungen handelt, die der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung nicht nur Berlins, sondern der deutschen Industrie überhaupt zugute kommen. Immer wieder muß man auf Grund der früheren Erfahrungen mit den Bewilligungen von Notstandsaktionen die Befürchtung aussprechen, daß durch monatelanges Verhandeln die beste Zeit verströbt und nachher nicht die Arbeiten in Angriff genommen werden, die für die Weiterentwicklung unserer Volkswirtschaft im Vordergrund stehen. Reichstag wie Landtag werden als eine der ersten Aufgaben ihrer neuen Tagung die Aufstellung eines großzügigen Planes für die Verwendung der für produktive Zwecke bestimmten Gelder durchsehen müssen und dabei hoffentlich auch die Interessen der von Unruhegefahren besonders bedrohten Industriebezirke genügend berücksichtigen.

Damit wollen wir keineswegs den Gemeinden irgendeine Verantwortung abnehmen. Auch ihre Finanzpolitik leidet viel zu sehr unter falscher verstandener Sparsamkeit und entbehrt im entscheidenden Moment allzuoft der gerade heute unbedingt notwendigen wirtschaftlichen Großzügigkeit. Viel zu spät und viel zu zögernd gehen die Gemeinden für ihre verbenden Betriebe, die fast überall des Ausbaues dringend bedürfen, an die Ausgabe wertbeständiger Anleihen, die in den Gemeindefinanzverhältnissen durchaus eine wirtschaftliche Basis bilden könnten. Viel zu zögernd haben Städte wie Berlin ihre Finanz- und Wirtschaftspolitik gegenüber

den großen Bauprojekten, die doch einmal durchgeführt werden müssen, eingestellt. Wenn auf Städtetagen und in den Stadtverordnetenversammlungen der großen Städte der Appell an Reich und Staat ergeht, so darf nicht verschwiegen werden, daß das Bürgerium heute zu den Lasten der Gemeinden fast überhaupt nichts mehr beiträgt und daß die Umstellung auf neue Wirtschafts- und Währungsverhältnisse viel zu langsam und schwerfällig vorgenommen wird. Sparsamkeit in allen Ehren, es gibt Zeiten, wo sie zur gefährlichen Verschwendung werden kann.

Hat das Reich dank seiner bürgerlichen Mehrheit und bürgerlichen Regierung auf dem Gebiete der Währungspolitik und der Lebensmittelversorgung die Schleusen der freien Wirtschaft hemmungslos geöffnet und die letzten Fesseln der Zwangswirtschaft beim Getreide beseitigt, so dürfen die Städte nicht einfach die Hände in den Schoß legen. Die großen Gemeinden sind nicht nur Verwaltungsorgane, sondern auch Wirtschaftskörper, die, wenn sie wollen, ihre wirtschaftliche Macht sehr wohl ausnutzen können. Es wird Zeit, daß endlich wieder an die guten Traditionen der Kommunalpolitik vor dem Kriege angeknüpft wird, daß die Gemeinden lernen, eine aktive Lebensmittelpolitik zu entfalten. Gerade heute können die Ernährungsämter der Städte, wenn kaufmännischer und wirtschaftlicher Geist, verbunden mit sozialem Verständnis, in sie einzieht, trotz aller Not unendlich vieles tun, um wenigstens den Vermitteln der Armen einigermaßen zu helfen. Sie können Kredite, die die Reichsbank anderen zu Devisenankäufen zur Verfügung stellt, sehr wohl zu Lebensmitteleinkäufen, zu Verbilligungsaktionen, zur Einrichtung städtischer Verkaufsstellen ausnutzen. Gegen den Wucher hilft doch letzten Endes nicht der Schutzmann, sondern nur die wirtschaftliche Selbsthilfe, die neben den Genossenschaften die Gemeinden als Vertreter der öffentlichen Interessen unbedingt in die Hand nehmen müssen. Nicht Klagen und Jammern, nur Handeln wird und kann helfen. Und daß gehandelt wird, sofort, entschieden, nicht in diesem Monat, sondern in diesen Tagen, davon kann, wie jeder weiß, unter Umständen alles abhängen.

Allseitiger Landesverrat. Hamburg und die Nationalisten.

Die deutschnationale „Deutsche Zeitung“ veröffentlicht einen Artikel von Dr. Erich Schmidt-Eichwalde über den Hamburger Internationalen Sozialistenkongress, der in folgende Betrachtungen ausklingt:

Es ist also traurige Wahrheit geworden: die deutsche Sozialdemokratie hat sich über den Weg der S.A. vorbehaltlos dem Befehl der Entente-„Sozialisten“ unterworfen, den gleichen Entente-„Sozialisten“, die sich während des Krieges größtenteils geweigert hatten, die internationalen Sozialistenkongresse zu besuchen, und die noch nichts, buchstäblich auch noch nichts getan haben, um selbst einem Poincaré wenigstens in den Arm zu fallen, die im Gegenteil nur durch schöne, aber heuchlerische Phrasen die deutsche Arbeiterchaft zu internationaler Duselei verführt haben. Weshalb werden wir es noch erleben, daß wir eine Reichsregierung bekommen, deren Mitglieder als deutsche Sozialisten über die S.A. dem Befehl der Entente-„Sozialisten“ gehorchen müssen und auch — im Gegensatz gerade zu den Entente-„Sozialisten“ — gehorchen werden.

Deutsche Reichsregierung und deutsche Wirtschaft sollen also das deutsche Volk ausrauben, um die „Gerechtigkeit der Reparationen“ zu sichern, die deutsche Arbeiterchaft aber soll mit Gewalt jedes nationale Erwachen in Deutschland erdrücken, das ... ist der Wille der Entente-„Sozialisten“. Dem Befehl dieser Feinde der deutschen Befreiung haben sich unsere Sozialisten über die S.A. bedingungslos unterworfen. Ist das nun Landesverrat oder nicht? Wo bleibt dagegen das Eingreifen der Reichsregierung und des Staatsgerichtshofes zum Schutze der deutschen Republik. Oder weigert sich am Ende der Staatsgerichtshof, die Betonung auf das Wort „deutschen“ zu legen? Die Ereignisse erweisen eine Antwort!

Der Schuldige.

Von Haus Gahmann.

Ein Zirkusheld, mit Muskelwülsten und Herkulesbrust, der allabendlich in der Manege Proben seiner erlauchenden Körperkraft ablegte, wollte, um die Massen in den Zirkus zu locken, öffentlich auf der Straße seine Kunst zeigen. An einem Sonntag, mittags 12 Uhr, ließ er vor dem Zeltbau einen Wagen mit vier mutigen Pferden bespannen, er selbst stieg, in theatralischer Aufmachung, auf den Box und forderte die neugierig Umherstehenden auf, zu einer kostenlosen Spazierfahrt einzusteigen. Männer, Frauen, Kinder schwangen sich auf den leichten Wagen. Der Held nahm sodann die Zügel zwischen die Zähne und wollte also den Wagen bis zur belebtesten Straße der Stadt lenken. Die vier mutigen Pferde zogen an und fielen in einen scharfen Trab. Mit vorge- strecktem Kopf hielt der Kraftmensch die Reine.

Zuerst ging die Fahrt ganz gut. Laufende folgten dem fellsamen Gespann. Ueberall erregte es Aufsehen und der Lenker allgemeine Bewunderung. Die Gesellschaft im Wagen war heiter und guter Dinge. Die Pferde versuchten noch das Tempo, bis an einer scharfen Kurve der Wagen plötzlich umschlug und seinen Inhalt aufs harte Pflaster stürzte. Einige zerbrochene Glieder, mehrere und zerschundene Gesichter weckten allgemeine Entrüstung. Bewunderung wurde Groll, Beifall Wutgeschrei. Der Held schrie, die Pferde seien schuld. Andere meinten, die Kurve. Andere, das schlechte Pflaster.

Bis in den allgemeinen Wirrwarr einer der Wärfahrer, abel zugerichtet, rief: „Wir sind ja selbst schuld, wir hätten ja nicht einsteigen brauchen.“

Da empörten sich über ihn seine eigenen Leidensgefährten und schlugen ihn halb tot.

Der Held aber fuhr stolz zum Zirkus zurück. Die Vorstellung am Abend war ausverkauft.

Der Chaplin der Operettenbühne. Auch das Künstlertheater hat nun seine Sommerpleiße und seine Sommeropere. Geht die „Tugendprinzessin“ ebenfalls zu den Schmarren, wie sie jetzt üblich sind, den Geschmack unseres Theaterpublikums zu verwässern? Sie hat gewiß keinen künstlerischen Dauerwert, aber das will sie auch gar nicht. Der Komponist Kurt Zorllig ist kein Strauß aus Wien. Die Musik klingt ein bißchen dünn, sie hat aber Schmitz, einschmeichelnde, nicht aufdringliche Melodien, prädelnde Rhythmen und, wenn's paßt, auch eine eigene Schwüle. Der Librettist Dkonowski hat einen ideenreichen Text verfaßt, in dem die Logik zwar nicht immer zu ihrem Recht kommt, aber er ist lustig. Dkonowski hat seine Einfälle um Max Adalbert herumgruppiert. Adalbert kann nicht singen und singt, kann nicht tanzen und tanzt, hat eine Rolle und spielt, was ihm gerade

Von Paris bis Prag hallt der Ruf der Entente-Nationalisten gegen die in Hamburg gegründete Internationale, sie sei lediglich ein Werkzeug der deutschen Politik und die Sozialisten der Ententeländer hätten als Werkzeuge der deutschen Sozialdemokratie ihr eigenes Land elend verraten. So hatte der „Temps“ vom 29. Mai in einem äußerst perfiden Angriff auf die französische Delegation erklärt, daß der Hamburger Kongress „eine glatte Bestätigung aller Anstrengungen der deutschen Reichsregierung darstelle, Deutschland seinen Verpflichtungen zu entziehen“. Weiter wurde in dem Artikel behauptet, daß „die neue Internationale genau wie die Vorkriegsinternationale unter dem vorherrschenden Einfluß der deutschen Sozialdemokratie“ stehe und daß sie gleich bei „ihrer ersten Lebensregung als eine Kriegsmaschine erscheine, die den Zweck verfolge, das organisierte Proletariat aller Länder in einen Feldzug auf lange Sicht für die Revision des Versailleser Vertrages zugunsten Deutschlands hineinzuziehen“.

Für den Leser bleibt nun die Frage offen, ob der Hamburger Kongress etwa ein „allseitiger Landesverrat“ war oder ob die Nationalisten aller Länder gleich blödsinnig sind.

Die Markstützungsaktion.

Die dritte öffentliche Sitzung des parlamentarischen Ausschusses zur Untersuchung der Ursachen des Zusammenbruchs der Markstützungsaktion brachte heute vormittag die Fortsetzung der Erörterung über die gestern angeschnittene Frage der Schaffung von Goldkrediten und Goldkonten bei der Reichsbank. Ein Antrag des Genossen Robert Schmidt, die Umfänge, die an den Börsen in Berlin, Frankfurt, Hamburg, Köln und Essen in der Zeit von Anfang d. J. bis zum 31. Mai in Devisen gemacht wurden, zusammenzustellen, wurde vorläufig zurückgestellt, bis Auskunft vom Reichsfinanzministerium darüber vorliegt, ob der Devisenumsatzstempel für die Frage und für die gewünschte Zeit nachgewiesen werden kann. Die Vertreter der Reichsbank vertreten auch heute ihren Standpunkt, daß die Schaffung von Goldkrediten und Goldkonten bei der Reichsbank aus sachlichen und technischen Gründen unmöglich sei, wobei sie von den bürgerlichen Mitgliedern des Ausschusses in ihrer Auffassung bestärkt werden. Hingegen stimmen die Vertreter der Reichsbank dem Genossen Robert Schmidt darin bei, daß wir mehr und mehr wertbeständige Anleihen schaffen müssen, um dadurch den Devisenmarkt zu entlasten, wozu dann die Möglichkeit besteht, sich gegen die Wertentwertung zu sichern, nicht durch Einbindung in Devisen, sondern in wertbeständigen Anleihen. Dies ist, wie Genosse Schmidt betont, vor allem deshalb wichtig, weil wir damit im geschäftlichen Verkehr in unserer deutschen Währung bleiben. Er bemängelt es, daß sich die Reichsbank bisher diesen Markt der wertbeständigen Anleihen nicht recht zunutze gemacht hat. Der Reichsbankpräsident Havenstein erkennt den Weg der wertbeständigen Anleihen zur Entlastung des Devisenmarktes in einer Zeit, in der die Mark weiter fällt, als durchaus berechtigt an, aber er versichert nochmals, daß für die Einführung von Goldkonten die Devisenbestände nie und nimmer ausreichen würden (!) Allerdings wird von den verschiedensten Seiten unterstrichen, daß wertbeständige Anleihen nur von solchen Stellen ausgegeben werden dürfen, die auch tatsächlich wertbeständige Einnahmen haben, wenn nicht früher oder später Erschütterungen eintreten sollen.

Im wesentlichen brachte die heutige Vormittags-sitzung also nur rein theoretische Auseinandersetzungen, ohne in der Kernfrage, die den Ausschuss beschäftigt, die Erforschung der Gründe für den Stützungsangriff, irgendwelche Fortschritte zu erzielen.

Der Arbeitsplan des Reichstags.

Der Vizepräsident des Reichstags bestimmte heute vormittag den Geschäftsplan des Plenums für die nächsten Tage. Am Donnerstag und Freitag kommt die sozialdemokratische Interpellation über die Deuerung und die Wertentwertung zur Besprechung. Am Sonnabend stehen die Ergänzungsgesetze zum Reichsversorgungsgesetz und zum Wehrmachtversorgungs-gesetz zur zweiten Beratung. Am Montag und Dienstag folgt die zweite Beratung des Knappschaffsgesetzes, und daran schließt sich in den folgenden Tagen die zweite Beratung des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Die Strafrechtsreform, die heute zur ersten Sitzung kommt, soll so gefördert werden, daß sie noch im Laufe des jetzigen

einfällt, soll den Rechtsanwält Hantelmann geben und ist Adalbert, immer Adalbert, wie wir ihn schon hundertmal gesehen haben. Und doch kann ich ihm nicht gram sein. Die immer, verdrückt er sich mit seinem unbedachten Reichtum in die verwideltsten Situationen, gerät in die tödlichsten Verlegenheit — und führt die Rolle durch, ohne mit der Wimper zu zucken. Das Publikum schüttelt sich aus vor Lachen. Adalbert bleibt unerschütterlich ernst wie der Postor von Baden. Adalbert ist der Chaplin der Operettenbühne. Er bringt es fertig, daß der Zuschauer seine Umwelt vergißt. Die Tragödie des Alltags ist ausgelöscht, und auf der Bühne erlebt ein Leben voll Luxus, Lebenslust und Sorglosigkeit. Illusion ist der Ursinn des Theaters: es vollzieht mit Zeit und Raum. Hier ist das Mittel: sprühende Komik, alles besiegende Lachen, wirblicher Liebermut. Das Ensemble stimmt famos in den Grundton: der grazilös gezeichnete Kurt Bois, die raffige Lea Seidel und die anmutige Hella Kärtz. Man hatte keine künstlerische Offenbarung erwartet, sondern beflügelnde Anregung. In diesem Sinn war der Abend ein Erfolg.

Die Jubiläumsausstellung in Göttingen, Göttingen oder Göttingen, nach Stockholm die größte und volkreichste Stadt Schwedens, hat zur Feier ihres dreihundertjährigen Bestehens eine große Ausstellung veranstaltet, deren historischer Teil einen interessanten Ueberblick über das Werden und Wachsen der Stadt gewährt. Ihren Aufschwung verdankt die durch einen fast immer eisfreien Hafen begünstigte Stadt der Kontinentalsperre, die Göttingen zu einem richtigen Stapelplatz englischer Waren machte. Der hier mündende Ost-Elb und die günstige geographische Lage zwischen Ost- und Nordsee bedingten geradezu eine strategische und wirtschaftliche Ausnahmestellung. Deshalb war auch schon im 13. Jahrhundert am Fluß — 20 Kilometer von der Mündung entfernt — ein Hafen und eine befestigte Siedlung entstanden, die den Namen Biddö führte. Gegen Ende des 14. Jahrhunderts wurde ein neues Handelszentrum angelegt, das Neu-Biddö genannt wurde und die Mutterstadt bald völlig in den Hintergrund drängte. Aber schon 100 Jahre später erlosch auch dieses Neu-Biddö als zu eng, so daß Karl IX. gegenüber der Festung Eßberg eine neue Stadt gründete, die aber wenige Jahre später beim Einfall der Normener dem Boden gleichgemacht wurde. Im Jahre 1623 wurde dann das heutige Göttingen an der Stelle der zerstörten Stadt von König Gustav Adolf neu erbaut und von zahlreichen Schweden, Holländern und Deutschen besiedelt. Das neue Göttingen wurde nun zu einem internationalen Handelsplatz.

Die Göttinger Jubiläumsausstellung legt im Mittelpunkt der Stadt und bildet mit ihren weitgedehnten Parkanlagen, Gebäuden, Lärmen und Säulengängen einen überaus anziehenden Anblick, der dem Besucher ein getreues Bild von den Fortschritten in Schweden vor Augen stellt. Bemerkenswert sind vor allem die dem Kunstwerk zugewandten Abteilungen, ein Gebiet, auf dem Schweden besonders Originelles und Feines geschaffen hat. Ein Muster vorbildlicher Art ist auch die dem Schiffswesen gewidmete Abteilung der Ausstellung. Sie umfaßt alles, was mit der Schiffs-fahrt in Verbindung steht, Werkzeu, Leuchturme, Lotswejen, Rettungsgeräte, Fischfang, Hafenarbeiten, Ozeanographie u. a. m. Eine Sehenswürdigkeit bildet hier der historische Leberstich über die Fort-

Tagungsabschnitte verabschiedet werden kann. Vermutlich wird sich die jetzige Tagung des Reichstages bis in den Juli hinein erstrecken.

Erhöhung von Verbrauchssteuern.

Das Reichsfinanzministerium hat neuerdings eine Reihe von Gesetzentwürfen ausgearbeitet, deren Zweck ist, die Wirkungen der einzelnen Steuererhöhungen dem gestunkenen Geldwert anzupassen. So liegt dem Reichstag seit einiger Zeit ein dahingehender Entwurf zum Biersteuererhöhungs vor. Die Beratung dieses Entwurfs im Steueraussschuß ist aber auf Antrag der Sozialdemokratie solange zurückgestellt worden, bis auch die entsprechenden Entwürfe für die anderen indirekten Steuern eingebracht sind, damit die Beschlußfassung sich einheitlich auf das gesamte Gebiet der indirekten Steuern beziehen kann. Nunmehr sind auch die Arbeiten wegen der anderen Verbrauchssteuern im Reichsfinanzministerium abgeschlossen. Es werden folgende Entwürfe dem Reichstag vorgelegt:

1. Die Zuckersteuer. Da in der geltenden Resolution zum Zuckersteuererhöhungs vom 8. April 1922 der Zucker auf der Preisbasis von 2000 M. für den Doppelzentner mit einem Satz von 2,5 Proz. belastet wurde, der Marktpreis seit einiger Zeit aber bereits 200 000 Mark überstiegen hat, so betrug die Steuerbelastung in der letzten Zeit nur ein Vierstel bis ein Sechstel der geltenden Marktpreise. Die Vorlage will nun den Doppelzentner Stärkezußer mit 12 000 M., andern Zucker mit 30 000 M. belegen.

2. Die Salzsteuer soll grundlegend geändert werden. Erstens sollen die Befreiungen von der Salzabgabe fortfallen zweitens soll die Steueraufsicht vereinfacht und drittens die Steuer erhöht werden. Die Salzsteuer wird noch immer nach dem seit dem 1. Januar 1888 geltenden Satz von 12 Pf. für ein Kilogramm erhoben. Macht das bei einem Friedenspreis von 20 Pf. für ein Kilogramm 60 Proz. aus, so ist das bei einem jetzt etwa geltenden Preis von 120 M. nur noch 1 vom Tausend. Nach dem Entwurf sollen nunmehr 10 M. von einem Kilogramm erhoben werden.

3. Die Mineralwassersteuer. Auch hier werden bis jetzt niedrige Steuerbeträge erhoben, beispielsweise für eine Flasche Seltener Wasser oder Limonade 3,57 bzw. 7,5 Pf. Es soll nunmehr erhoben werden: für Mineralwasser 10 M., für Limonade und andere künstlich hergestellte Getränke 20 M., für konzentrierte Kunstlimonade 200 M., für Grundstoffe zur Herstellung konzentrierter Kunstlimonade 4000 M. für das Liter. Gleichzeitig soll der Reichsfinanzminister ermächtigt werden, mit Zustimmung des Reichsrats die Steuer zu erhöhen oder zu ermäßigen.

4. Die Zündwarensteuer, die zurzeit die Zündhölzer mit etwa 0,09 oder 0,07 Proz. belastet, soll nach dem Entwurf auf 20 Proz. erhöht werden.

5. Die Spielkartensteuer. Die Vorlage will ungefähr den Stand vom 10. September 1919, dem Datum des bisher geltenden Gesetzes, wiederherstellen. Wenn damals 2 M. für ein Kartenspiel erhoben wurden, was einer Belastung von etwa 100 Proz. entsprach, so soll nunmehr bei einem Herstellungspreis von 875 M. 500 M. Steuer erhoben werden. Eine veränderliche Wertsteuer einzuführen, wird aus steuerrechtlichen Gründen im Entwurf für nicht durchführbar gehalten.

Für die Sozialdemokratie ist die Frage der Erhöhung der indirekten Steuern eine politische. Sie kann nicht getrennt werden von der allgemeinen Forderung, das ganze Steuersystem den neuen Geldverhältnissen anzupassen. Die veranlagte Einkommen- und Vermögenssteuer ergibt Steuerbeträge, die an dem Tage, an dem sie gezahlt werden, nur noch einen Bruchteil von dem ausmachen, was bei sofortiger Anwendung des Gesetzes an Steuerlastige zu zahlen gewesen wäre. Bevor diese Uebelstände nicht beseitigt sind, kann einer Erhöhung der Verbrauchssteuern nicht zugestimmt werden, die den Massenkonsum belasten.

Befoldungsreform.

Der Reichsrat beschäftigte sich am 5. Juni mit der neuen Befoldungsordnung. Oberpräsident Gen. Hörsting kritisierte die Regierungsvorlage sehr scharf, schilderte die Not der unteren Beamten und verlangte, daß nicht nur die Grundgehälter der oberen Beamten erhöht würden, wie das die Regierungsvorlage vorsieht, sondern auch die Grundgehälter der unteren Beamten. Er beantragte, es solle für jede Gehaltsgruppe auf das 30fache des Grundgehaltes noch ein Einheitslohn von 120 000 Mark gesetzt werden. Thüringen bedauerte, daß sein Antrag, der über den des Oberpräsidenten Hörsting hinausgeht, im Ausschuss nicht angenommen

schritte, die der Schiffsbau im Laufe der Jahrzehnte gemacht hat. Man sieht hier u. a. auch ein Rettungsboot, das an die 100 Personen fassen kann, und das durch elektrische Kraft gesteuert wird. Hieran schließen sich die Abteilungen für Automobile, Flugzeugwesen, Landwirtschaft und Kunst und die Abteilung für gymnastische Spiele, in denen die Schweden ja vorzügliche Leistungen aufzuweisen haben.

Bilder und Szenen aus Alt-Berlin bietet die Urania als Sommerprogramm. Der Geist der Wiedererlebenszeit wird beschworen in Wort, Bild, Lied und Darstellung. Mit Freizug und Geschick sind die Sammlungen benutzt und die Bilder (größtenteils) farblich durch die Deutsche Lichtbildgesellschaft hergestellt worden. Eine Zeit wird so lebendig gemacht, die sicherlich viel behaglicher, gemüthlicher, aber auch viel phyllistischer, enger war und die auch bereits ihr gerüttelt Maß sozialen Glens konnte. Der Berliner Witz ist zwar damals nicht erst geboren worden, aber er hat in den komischen Bildern und Szenen von Glashrenner, Eichhorn, Scholz, Döhning sein klassisches Gepräge erhalten. Zwischen der Vorführung der Alt-Berliner Bilder und Typen wurden Couplets und Lieder gesungen, die un- besser gefallen als die Schöner von heute, der Schusterjunge, der Eckensteher und die Sandduben erschienen in Person und ergötzen durch ihren Witz. Ein Einakter von Glashrenner beschloß den Abend. Das Witzspiel dieses „Heiratsantrages in der Niederwallstraße“ war mit feinstem Humor herausgearbeitet, und auch die Darstellung gelang recht gut. Der Abend war auf Heiterkeit gestellt; doch die alte gute Zeit auch ihre sozialen Schattenseiten hatte, konnte man nur zwischen den Zeilen lesen. Die unteren Klassen waren eben damals nur Gegenstand der Befürsichtigung für die andern.

Neue Reichsbanknoten zu 500 000 Mark. Infolge der neuen Entwertung der Mark erweisen sich die zurzeit im Umlauf befindlichen Noten von 50 000 und 100 000 M. für hohe Barzahlungen als unzureichend. Deshalb hat die Reichsbank neue Noten im Nennbetrage von 500 000 M. in Auftrag gegeben. Die neuen Noten werden im Gegensatz zu vielen bisher im Buchdruck hergestellten und wie die 20 000-Mark-Noten daher leichter verfälschbare Geldscheine von der Reichsdruckerei im Kupferstichdruckverfahren hergestellt werden, das die Nachahmung bedeutend erschwert. Die Noten werden voraussichtlich Mitte oder Ende Juni zur Ausgabe gelangen, da die Technik des Kupferstichs eine sehr sorgfältige und deshalb etwas langsamere Herstellung als das Buchdruckverfahren erfordert.

Der Rückgang der Kleinfuhrung in Deutschland. Der Metallverbrauch des deutschen Volkes ist nach der „Allgemeinen Wochenzeitung“ von 52 kg der Vorkriegszeit auf 26 kg im Jahre 1922 zurückgegangen. Am stärksten wurde von diesem Rückgang das Schwere (Eisen) betroffen, das nicht nur wegen seines Umfanges, sondern auch wegen des Gehaltes an Metall als Hauptnahrungsmittel in Betracht kommt. Stellt man die Schmelzungen von Februar 1922 denen von 1913 gegenüber, so ergibt sich eine Abnahme für Eisen um 18%, für Alümin um 30%, für Stahl um 47,6% für Edelmetalle um 65%.

Ein neues Ehrenbildnis. Ein Bildnis Byrons, das von der berühmten Valeriu Bilde-Bebrun herührt, ist in der Sammlung des Herzogs von Bremen-Real in Paris entdeckt worden. Das Gemälde ist wahrscheinlich in Paris entstanden, wo Byron 1816 weilte.

wurde; es würde daher für den Antrag Hörsting stimmen, dasselbe erklärten Braunschweig und Anhalt. Hessen beantragte, die alte Spannung der Grundgehälter beizubehalten und die Spannung in den Drisklassen zu verringern. Sachsen und Württemberg stellten den Antrag, die Spannung in den Drisklassen zu verringern. Die Anträge Hörsting, Hessens und Sachsens fanden nicht die genügende Unterstützung. Der Antrag Württemberg auf Verringerung der Spannung in den Drisklassen wurde mit 34 gegen 29 Stimmen angenommen.

Nach der vom Reichsrat angenommenen 9. Ergänzung des Besoldungsgesetzes wurden die Grundgehälter der Beamten derart neu geregelt, daß die Teuerungszuschläge, bis jetzt 1700 Proz., eingebaut werden. Die Grundgehälter werden höher bemessen, und schließlich wird die Spannung zwischen den einzelnen Gruppen auseinandergezogen. Bei Einbeziehung der Teuerungszuschläge wurde eine Multiplikation mit 18 bzw. mit 30 vorgenommen. Die Frauenzulage wurde auf 22 000 M. erhöht. Die Zulage für Verheiratete wird auch auf kinderlose Witwen ausgedehnt. Sie soll außerdem auch schuldlos Geschiedenen gewährt werden.

Die Royalisten fahren fort.

Paris, 6. Juni. (Ca.) Bei der gestrigen Vernehmung des Sekretärs der Camelots du Roi, Real del Sarté, hatte sich auch der Direktor der Action française, Maurras, eingefunden und wollte die Verantwortung für die Real del Sarté zur Last gelegten Vergehen auf sich nehmen. Der Untersuchungsrichter weigerte sich jedoch, mit Maurras zu verhandeln, da keine Klage gegen ihn vorliegt. Die gleiche Stellung nahm der Generalstaatsanwalt ein. Maurras erschien im Justizpalast mit einer Leibwache von Camelots du Roi. In den Gängen des Justizpalastes trafen sie mit dem kürzlich von den Camelots überfallenen früheren Staatssekretär und Abgeordneten Violette zusammen, der als Rechtsanwalt im Justizpalast zu tun hatte. Die Camelots beschimpften Violette auf das niederträchtigste. Violette wurde von seinen Freunden, die ihn vor weiteren Anrempelungen bewahren wollten, fortgezogen.

Die Bedeutung der Abstimmung über den öffentlichen Anschlag der Rede Herriots liegt besonders darin, daß in dieser Rede auch gegen die Regierung Poincaré die schärfsten Vorwürfe wegen ihrer bisherigen Passivität gegenüber den Treibereien der Royalisten enthalten waren. Sie enthielt ferner die Erklärung, daß Herriot und seine radikalen Freunde infolgedessen dem Kabinett ihr Vertrauen nicht würden aussprechen können. Für Poincaré und seine Ministertkollegen ist diese Abstimmung eine sehr peinliche Blamage, die kaum durch die Tatsache wettgemacht wird, daß nachträglich auch der Anschlag der Rede des Innenministers Lamoury beschlossen wurde.

Jaurès-Fest in Toulouse.

Paris, 5. Juni. (W.Z.) Unter dem Vorsitz des ehemaligen Ministers Poincaré und des belgischen sozialistischen Abgeordneten Vanderveelde fand, wie Havas meldet, in Toulouse eine Gedächtnisfeier Jaurès statt. Der Abgeordnete Routet hat bei dieser Gelegenheit im Namen von Anatole France eine Rede verlesen, in der sich dieser wie folgt äußert: Brüder, es ist eine Sache, die uns alle einen kann, auch linksrepublikaner und uns Sozialisten, es ist die der Wiederherstellung des Friedens. Wie machvoll würde Jaurès, wenn er noch unter uns wälte, seine Stimme für den Frieden donnern lassen, nicht für jenen Frieden, unter dem im Soargebiet und im Ruhrgebiet die Feindseligkeiten fortgesetzt werden, sondern für den wahren Frieden, der eine wahre Annäherung zwischen allen Nationen und in erster Linie zwischen Frankreich und Deutschland herbeiführen müßte. Ein Friede ist möglich. Republikaner, Sozialisten, beweisen wir, daß wir der Lehre von Jaurès treu bleiben. Einigen wie uns in Frankreich, um die Reaktion niederzuschlagen, einigen wie uns in Europa, um den Frieden wiederherzustellen.

Höllein erhebt Klage.

Paris, 6. Juni. (W.Z.) Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Höllein hat gestern vor einem französischen Gericht eine Klage gegen den Minister des Innern einreichen lassen, den er für seine weitere Haft verantwortlich macht. Höllein wird tatsächlich nur zur Repräsentation für angeblich ungesetzliche Festhaltung von Franzosen in Deutschland weiter in Haft gehalten.

Der vor vielen Wochen in Paris verhaftete Reichstagsabgeordnete Höllein hätte schämtenfalls wegen Fahrgenehens zu einer Geldstrafe verurteilt werden dürfen, genau so wie der etwa zur gleichen Zeit in Deutschland festgenommene französische Journalist Labourel. Es war an sich schon eine Niederträchtigkeit der französischen Regierung, daß sie eine Anklage wegen Komplottes gegen ihn erhob. Infolge der Entscheidung des Senats ist aber diese Anklage zusammengebrochen, so daß die elementarsten Gründe der Menschlichkeit für Hölleins Rückführung nach Deutschland sprachen. Dennoch hält ihn die Regierung ohne rechtliche Grundlage weiter gefangen, wie die „Times“ behaupten als Kustauschobjekt für zwei in Deutschland festgenommene französische Flieger, die bei Nürnberg notlanden mußten.

Ist schon in Kriegszeit die Methode der Geiseln ein Rückfall in die Barbarei, so ist sie in der Friedenszeit erst recht abschaulich, gleichviel von wem sie angewendet wird. Die Tatsache, daß die russische Sowjet-Regierung das Geiselnystem planmäßig und meist erfolgreich angewendet hat, ist jedoch keine Entschuldigung für Poincaré, denn Höllein ist nicht russischer, sondern deutscher Staatsangehöriger und es ist uns kein Fall bekannt, wo die Reichsregierung nach Kriegsende zu diesem System gegriffen hat.

Wenn die Freilassung Hölleins tatsächlich nur noch von der Haftentlassung der beiden französischen Flieger abhängt, dann sollte das Reich in Gottes Namen letztere scheinunglos nach Hause schicken, gegen die wahrscheinlich ebenfalls wenig „Spionagesverdacht“ vorliegt wie einst gegen Labourel.

Inzwischen sind übrigens zwei weitere französische Flieger im unbesetzten Deutschland gelandet und verhaftet worden, und zwar am Sonntag bei Unna in Westfalen. Sie steckten nach der Landung ihr Flugzeug in Brand. Ganz wie im Kriege!

Serrati wieder frei. Der frühere Direktor des „Kant“, Serrati, ist auf Anordnung des Untersuchungsrichters aus der Haft entlassen worden.

Faschisten und Kommunisten. Bei einem Zusammenstoß in Triest zwischen Faschisten und Kommunisten wurde ein Faschist getötet. Um ihn zu rächen, haben die Faschisten den Vorsitzenden eines kommunistischen Klubs hingerichtet.

Der bayerische kommunistische Abg. Eisenberger soll nach einem Beschluß der bürgerlichen Landtagsmehrheit verhaftet werden. Eisenberger hat sich bisher seiner Verhaftung durch die Flucht entzogen. Er wird wegen „Landesverrat“ verfolgt.

Die ersten Kirschen.

In den Schaufenstern, deren Studium gerade jetzt besonders lehrreich und lustig ist — die den einzelnen Waren angehefteten Preisfelder werden immer breiter und länger, weil sonst die vielstellige Zahlen auf dem Papier keinen Platz finden —, sieht man jetzt die ersten Kirschen. Kleine, unscheinbare, noch halb grüne Früchte, die sauer und saftlos sind. Um so saftiger sind die Preise. 1240 Mark das Viertelpfund. Daneben liegen Garten-erdbeeren 2500 Mark das Viertelpfund! Und wer weiß, wann diese Zeiten im Druck erscheinen, die hier angegebenen Preise nicht schon wieder überholt sind. Dann ist höchstwahrscheinlich der Dollar weiter gestiegen, und natürlich müssen die Preise für Früchtholzt mittellern. Wie lange noch, und die Kirschen aus Werber kommen auf den Markt. Und wenn die Herrschaften aus Werber, die es immer verstanden haben, hohe Preise zu verlangen und zu erhalten, Glück haben, ist der Dollar abermals gestiegen, und die Preise für Kirschen können weiter klütern.

Das Landespolizeiamt hatte sich belazelt mit aller Energie gegen den Wucher mit Obst und Gemüse gewahrt. Die Folge dieser notwendigen Aktion war wunderbar genug. Erzeuger und Händler hielten in der Landwirtschaftskammer der Provinz Brandenburg eine Sitzung ab, schimpften gewaltig auf das Landespolizeiamt und erklärten feierlich, sie seien keine Wucherer. Man kann aus solchem Benehmen nur folgern, daß sie sich getroffen fühlten und schrien: Wir wuchern nicht! Ja, wenn man damals aufmerksam aufhorchte auf die Reden der Erzeuger und Händler, bekam man den Eindruck, daß die Konsumenten, weil die Preise viel zu niedrig sind, sich auf Kosten der Erzeuger und Händler satt und voll essen, während jene am Grabe ihrer Habe stehen. Arme Leute! Wie dem auch sei, die Kirschen kosten jetzt 1240 M. das Viertelpfund. Und sie werden zu dem Preis selber gekauft! „Was wollen Sie“, hörte man einen biederen Bürger behaupten, „das sind etwa 7 Pfennige!“ Und er ging hin und kaufte sich ein Pfund Kirschen für — 28 Pfennige! Solange es immer noch so liebe Leute gibt, die die wahren Hegenmeister der höheren Rechenkunst sind, werden auch alle Erzeuger auf das Landespolizeiamt pfeifen und die Preise verlangen können, die ihnen gerade passen!

„Pardenberg“.

Was am Kurfürstendamm möglich ist.

Ein neuer Waren-Großschwindel beschäftigt wieder die Kriminalpolizei. Er hat in kurzer Zeit hiesige Firmen schon viele Millionen gekostet. Der sich Kurfürstendamm 75. Hier mietete ein Mann, der sich Pardenberg nannte, für kurze Zeit ein Zimmer und legte eine angebliche Frau Dr. Niefer als seine Privatsekretärin hinein. Das Ganze war die Max Rosenthal'sche Güterverwaltung, Direktion Rostock in Mecklenburg, Zweigstelle Berlin-Halensee, Kurfürstendamm 75.

Frau Dr. Niefer besuchte nun große Geschäfte und Warenhäuser und kaufte alles, was eine Güterverwaltung wohl gebrauchen kann. Sie schloß jedesmal über Millionen ab mit der Bestimmung, daß eine schriftliche Bestätigung von der Max Rosenthal'schen Güterverwaltung alsbald eingehen werde. Diese kam dann auch gleich mit der nächsten Post auf einem schönen Bogen mit Vordruck der Direktion Rostock. Selbst gewiegte Geschäftsleute ließen sich täuschen und sicher machen. Niemand dachte an einen Schwindel. Die Geschäftsführer gaben den Bogen die Ware mit und waren sie los ohne einen Pfennig dafür zu haben. Die Güterverwaltung ließ nichts mehr von sich hören. Als sich die betrogenen Firmen endlich erkundigten, erfuhren sie nur noch, daß die Güterverwaltung vom Kurfürstendamm verschwunden war. Das verschwundene Pärchen hat in 14 Tagen für viele Millionen Waren ergaunert und vermutlich gleich wieder verkauft. Pardenberg hat aber auch noch Heiratsgeschwindel in ausgedehntem Maße betrieben. Seine Briefschaften zeugen von vielen Stellbildeins mit betrautlustigen Namen am Kurfürstendamm. Diese machten sich nach seiner Anweisung dadurch kenntlich, daß sie in dem vereinbarten Café seinen Brief vor sich auf den Tisch legten. Pardenberg aber trug kein Erkennungszeichen. So hatte er Gelegenheit, die Bewerberin zu mustern, ohne daß sie es wußte, und sie sitzen zu lassen, wenn sie ihm nicht gefiel. Es kam auch vor, daß in einem Café am Kurfürstendamm an verschiedene Tischen mehrere Damen zu gleicher Zeit mit einem Briefe vor sich auf den Freier harrten. Pardenberg musterte alle nacheinander und wählte die aus, die er für die geeignete „Baut“ hielt. Kriminalkommissar Bredel, der den Schwindel aufdeckte, fandet jetzt auf das Pärchen und nimmt weitere Mitteilungen im Zimmer 107 des Polizeipräsidiums entgegen.

Fortgang des Schulstreiks.

Der Schulstreik in der 306. und 307. Gemeindeschule geht in aller Schärfe weiter. Kein Kind besucht seit Freitag voriger Woche die Schule. Es ist Vorsorge getroffen, daß die Kinder anderweitig unterrichtet werden. Verhandlungen mit dem Oberschulrat Abdahl verliefen ergebnislos, da der Oberschulrat keine Mitteilungen darüber geben konnte, wann Mittel für den Weiterbau der Schule in der Mandelstraße zur Verfügung gestellt werden. Die Schuldeputation hat auf Antrag der Deputierten einstimmig den beschleunigten Weiterbau vom Magistrat bzw. dem Kammerer gefordert. Der Magistrat sollte einen Beschluß dahingehend, den Weiterbau aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge zu bestreiten. Die Verhandlungen in dieser Angelegenheit sind noch nicht abgeschlossen. Die Empörung der Elternschaft richtet sich nunmehr gegen den Magistrat bzw. gegen den Kammerer, in dessen Händen es liegt, für die Beendigung des Schulstreiks zu wirken. Eine erneute Elternversammlung sollte einstimmig den Beschluß, keinesfalls die Kinder in die Schule zu schicken, bevor nicht vom Magistrat die Erklärung vorliegt, daß Mittel zum Weiterbau bereitgestellt sind und eine Mitteilung, wann die neue Schule in Benutzung genommen werden kann.

Miettschöffen.

Miettschöffen steht das neue Gesetz über den Mieterschutz vor. In Preußen ist beabsichtigt, deren Wahl auf Grund von Vorschlagslisten der beteiligten Vereine durch den Austausch vornehmen zu lassen, wie er im Gerichtsverfassungsgesetz vorgesehen ist. Wo es örtliche Hausbesitzer- und Mietervereine nicht gibt oder die Vorschläge nicht ausreichen, so wird die Urliste für die Geschworenen benutzt. Die Amtsgerichte fordern jetzt die Vereine auf, die Listen aufzustellen und bis zum 1. August einzureichen. Es dürfen keine Personen aufgenommen werden, die gleichzeitig Vermieter und Mieter oder mit dem Vollzuge der Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel betraut sind.

Verweigerung des Warenverkaufs.

Es häufen sich die Fälle, daß Gastwirte sich weigern, an Gäste, die sie wegen Ueberschreitung der Polizeistunde angezeigt haben, Bier zu verabfolgen. Auch Fleischereimeister weigern sich oft, an Personen Fleisch zu verkaufen, die sie wegen Wuchers zur Anzeige gebracht haben.

Es entsteht nun die Frage, ob gegen diese Gewerbetreibenden eingeschritten werden kann. Dazu wird in der nächsterfolgenden Nummer der bekannten Fachzeitschrift „Die Polizei“ Stellung genommen. Der Gastwirt macht sich nicht strafbar, die Verabfolgung von Getränken ist eine Privatangelegenheit des Wirtes; sie ist Kaufvertrag zwischen den Kontrahenten. Ob der Wirt ihn abschließen will, ist in sein Belieben gestellt. Die Konzession kann nur zurückgenommen werden, wenn Tatsachen ein-

treten, die die Verjagung der Erlaubnis rechtfertigen würden. Die Verwaltungsgerichte werden die Weigerung des Verkäufers wohl kaum als genügend für die Konzessionsentziehung ansehen. Denbar ist allerdings, daß in besonders gearteten Fällen, z. B. wo im Orte oder Ortsteile nur eine Gastwirtschaft besteht, die dauernde Abgabeverweigerung als Unzuverlässigkeit angesehen werden könnte, da die Konzessionserteilung des Betreffenden stattdessen, um einem öffentlichen Bedürfnis zu genügen, in der selbstverständlichen Erwartung, daß der Wirt dieses Bedürfnis auch zu befriedigen gewillt sei. Entzieht er sich dieser Pflicht, so kann wohl angenommen werden, daß er sich hierdurch unzuverlässig macht, sofern durch die Weigerung ein gewisser Mangel hervorgerufen wird und das Verhalten des Wirtes auf reiner Willkür beruht. Anders liegt der Fall bei dem Fleischermeister, der sich weigert, Fleisch an eine bestimmte Person zu verkaufen. Gemäß § 5 der Bekanntmachung über die Einrichtung von Preisprüfstellen und die Preisprüfungsstellen vom 25. September 1915 können die Preisprüfstellen für Gegenstände des notwendigen Lebensbedarfs im Kleinhandel Preisverzeichnisse vorzeichnen. Die angekündigten Preise dürfen nicht überschreiten und die Abgabe der im Kleinverkauf üblichen Mengen an Verbraucher zu dem angekündigten Preise darf nicht verweigert werden. Zuwiderhandlungen werden gemäß § 19 a. a. D. regelmäßig mit Geldstrafe bis 150 000 M., eventuell mit Haft bis zu vier Wochen bestraft.

Neue stark erhöhte Posttarife.

Im Reichspostministerium trat gestern der Verkehrsbeirat zusammen, um sich mit der notwendig werdenden Erhöhung der Postgebühren zu beschäftigen. Auf Verlangen des Reichsfinanzministeriums wurde eine neue Vorlage eingebracht, die sehr wesentlich über die zum 1. Juli geplante Erhöhung der Postgebühren hinausgeht. Die neuen Sätze bedeuten eine Erhöhung der Gebühren für Briefe und Karten um das Vier- und Fünffache, für Telegramme um das Dreifache und für Ferngespräche um das Siebenfache. Die Paketgebühren sollen verdoppelt werden. Es stellt sich also nach den neuen Sätzen eine Postkarte im Ortsverkehr auf 100, im Fernverkehr auf 200 M.; Briefe im Ortsverkehr bis zu 20 Gramm 200 (jezt 40), bis 100 Gramm 300 M., bis 250 Gramm 400, bis 500 Gramm 500 M.; Briefe im Fernverkehr bis 20 Gramm 400 M., bis 100 Gramm 500, bis 250 Gramm 600, bis 500 Gramm 700 M.; Drucksachen bis 25 Gramm 100, bis 50 Gramm 200, bis 1000 Gramm 300 M. bis 700 M.; 2 Kilogramm-Päckchen kosten 800 M.; Pakete bis 3 Kilogramm in der 1. Zone 900, in der 2. und 3. Zone 1800 M. Die Vorkosten für Telegramme im Fernverkehr beträgt 250 M., die Grundgebühr 500 M., im Ortsverkehr die Hälfte dieser Sätze.

Herbert Heiland, der unermüdete Kämpfer der Jugendorganisation, ist ihr durch den Tod entziffen worden. Die Sozialistische Arbeiterjugend wird ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren. Die Einäscherung findet am Donnerstag, den 7. Juni, mittags 12 Uhr im Krematorium Baumgartenweg statt. — Wir ermahnen alle Jugendgenossen, sich rege zu beteiligen.

Ueber die gestrigen Versammlungen in Schöneberg, Wilmersdorf und Steglitz, in denen die Genossen Dr. Kurt Rosenfeld, Altmeyer und Genossen Rathide Wurm sprachen, gehen uns nachträglich Berichte zu, die wir leider aus Raumangel nicht mehr veröffentlichten können. Ueberall waren die Versammlungen glänzend besucht. Die Ausführungen der Referenten wurden mit gespannter Aufmerksamkeit entgegengenommen. Die beantragte Resolution fand einstimmige Annahme.

Zwei gefährliche Schwindler, die in Saarbrücken als Ärzte Dr. Heia Kern und Dr. Meyer und als ungarische Flüchtlinge auftraten, werden jetzt von der Kriminalpolizei in Berlin gesucht. Die angeblichen Ärzte fanden als Flüchtlinge bei einem Herrn in Saarbrücken 14 Tage lang Unterkunft. Sie behandelten auch den Gastgeber sowohl wie dessen Frau. Eines Abends erklärten sie, daß sie über die Diagnose einer Blutprobe bedürften, entnahmen sie dem Oberarm des Herrn, machten ihm dann eine Einspritzung in den Arm und verabreichten ihm auch noch ein Pulver. Auch die Frau erhielt eine Einspritzung in den Oberarm. Als der Mann, der bald einschlieft, am andern Morgen erwachte, waren seine Glieder verschwunden und hatten 40—50 000 M. bares Geld, einen goldenen Ring mit großem Brillanten im Werte von 2 Millionen und andere Schmuckfachen mitgenommen. Die Frau lag in einem anderen Zimmer auf dem Sofa und war im Zustande der Betäubung mißbraucht worden. Es ist festgestellt, daß die Schwindler einen Teil der Sachen in Berlin verkauft haben.

Einen Zusammenstoß zwischen einem Hilfsföchter und einem Wilderer gab es auf dem Gelände von Hohrechtsfelde. Der Förster sah dort in früher Morgenstunden einen jagdmäßig ausgerüsteten Mann, der augenscheinlich mit der Wäpfe auf einem Firschnag war. Da der Fremde auf Anruf in Deckung und Anschlag ging, nahm der Förster ebenfalls Deckung, kam ihm zuvor und schob ihm eine Kugel durch die rechte Hand in die Hüfte, so daß er liegen blieb. Jetzt holte der Förster eiligst Hilfe und benachrichtigte die Schutzpolizei und die Landjäger. Der Verwundete wurde zunächst nach dem Krankenhaus in Buch und dann, nachdem er hier verbunden worden war, nach der Charité gebracht. Er wurde festgestellt als ein Hieronymus Ludwicz aus der Franzstraße.

Frau Marie Rebe, Köpenick, Buxteh. 11, erucht uns mitzuteilen, daß sie mit der in der Rätzig „Kommunistische Heidentaten“ (Nr. 251 des „Vorwärts“) genannten Frau gleichen Namens nicht identisch ist.

Reichsbund der Kriegsbefehlshabenden uhm. Bezirk 6, Süden, Mittwoch, den 6. Juni, abends 8 Uhr, Bezirksversammlung in Girsings Ballhaus, Wasserlorenz 68. Wichtige Mitteilungen über den Stand der Revolle zum 30.6.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

6. Kreis Kreuzberg. Donnerstag, den 7. Juni, 7 1/2 Uhr: Zusammenkunft aller Parteimitglieder der Abteilungen bei Wolf, Gieseler 21. Jede Abteilung muß vertreten sein. Die noch fehlenden Listen sind mitzubringen.

27. Abteilung, 7 1/2 Uhr bei Frauch, Ebertstr. 10: Wichtige Funktionärkonferenz.

51. Wkt. Charlottenburg 8 Uhr bei Passenheim, Ackerstraße 12a: Engere Sitzung des Abteilungsverbandes.

128.—130. Wkt., Panow. Die für heute abend anberaumte Parteinaufstellung findet umhändelbar erst morgen, Donnerstag, eine halbe Stunde vor Beginn der Funktionärversammlung statt.

	6. Juni		5. Juni	
	Käufer (Gelb-) Kurs	Verkäufer (Weiß-) Kurs	Käufer (Gelb-) Kurs	Verkäufer (Weiß-) Kurs
1 holländischer Gulden . . .	30124.50	30275.50	24389.—	24401.—
1 argentinische Papier-Peso . . .	26683.—	26817.—	21945.—	22055.—
1 belgischer Franc	4814.—	4836.—	3466.—	3484.—
1 norwegische Krone	12461.50	12531.50	10349.—	10401.—
1 dänische Krone	13965.—	13995.—	11396.—	11454.—
1 schwedische Krone	20349.—	20451.—	16558.50	16641.50
1 finnische Mark	—	—	1779.50	1788.50
1 japanischer Yen	—	—	31421.—	31579.—
1 italienischer Lire	3491.—	3500.—	2893.50	2907.50
1 Pfund Sterling	355110.—	356890.—	284287.—	285718.—
1 Dollar	76807.—	77193.—	62343.—	62657.—
1 französischer Franc	4837.50	4862.50	4019.50	4040.50
1 brasilianischer Milreis	7481.—	7519.—	6459.50	6516.50
1 Schweizer Franc	13416.—	13484.—	11406.—	11464.—
1 spanische Peseta	11172.—	11228.—	9725.50	9774.50
100 österr. Kronen (abgest.)	—	—	92.91	93.99
1 tschechische Krone	—	—	1925.—	1935.—
1 ungarische Krone	—	—	11.97	11.93
1 bulgarische Lema	—	—	698.—	702.—
1 jugoslawischer Dinar	—	—	809.50	814.50

